



Ingrid Hönlinger

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzende der Deutsch-Südamerikanischen Parlamentariergruppe

Delegationsreise mit Bundespräsident Gauck nach Kolumbien vom 8.-12. Mai 2013

Bundespräsident Joachim Gauck hat vom 08. bis 16. Mai 2013 eine Reise nach Kolumbien und Brasilien unternommen. Auf die erste Etappe, die nach Kolumbien führte, hat er mich in meiner Funktion als Vorsitzende der deutsch-südamerikanischen Parlamentariergruppe eingeladen. An der Reise haben Vertreterinnen und Vertreter aus dem Bundespräsidialamt, der Bundesregierung, Wissenschaft, Wirtschaft, sowie der Medien teilgenommen. Ich war in der Delegation die einzige Bundestagsabgeordnete.

Thematische Schwerpunkte der Reise waren Menschenrechte, Geschichtsaufarbeitung und Versöhnungskultur sowie die wirtschaftliche Entwicklung des Landes und die Beziehungen zwischen Deutschland und Kolumbien.

Das Programm des offiziellen Besuchs in Kolumbien in der Übersicht:

Mittwoch, 8. Mai 2013

- Abflug aus Berlin
- Ankunft auf dem Internationalen Flughafen in Bogotá

Donnerstag, 9. Mai 2013

- Altstadt von Bogotá: Besuch der Kirche San Francisco, des Goldmuseums sowie der Kathedrale
- Besuch der Firma Fresenius Medical Care
- Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern deutscher Mittlerorganisationen aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft
- Empfang, gegeben vom Bundespräsidenten

Freitag, 10. Mai 2013

- Kranzniederlegung am Denkmal für Simon Bolívar
- Universidad de los Andes: Rede des Bundespräsidenten mit anschließender Diskussion
- Präsidentenpalast: Begrüßung mit militärischen Ehren durch den Präsidenten der Republik Kolumbien, Herrn Santos Calderón
- Gespräch mit Präsident Santos Calderón
- Gemeinsame Begegnung mit der Presse
- Mittagessen zu Ehren des Bundespräsidenten und von Frau Schadt, gegeben von Präsident Santos Calderón und Frau Rodríguez de Santos
- Grußwort beim Seminar des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) zur Forschungskooperation zwischen Kolumbien und Deutschland
- Abflug aus Bogotá
- Landung in Medellín

Samstag, 11. Mai 2013

- Fahrt mit der Stadtseilbahn über die Stadtviertel Comuna 1 und 2 zur Station San Domingo
- Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern von Menschenrechtsorganisationen aus Medellín und dem Department Antioquia in einem Gemeindezentrum
- Besuch des Ausbildungszentrums der staatlichen Re-Integrationsbehörde ACR für Frieden und Versöhnung (Cepar)
- Mittagessen, gegeben vom Gouverneur des Bundesstaates Antioquia, Herrn Sergio Fajardo
- Museo de Antioquia: Besuch der Ausstellung mit Werken des kolumbianischen Malers Fernando Botero
- Empfang, gegeben vom Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in der Republik Kolumbien

Sonntag, 12. Mai 2013

- Besichtigung der historischen Hacienda Fizebad
- Abflug aus Medellín

I. Die allgemeine politische Situation

In Kolumbien besteht seit mehr als 50 Jahren ein Binnenkonflikt, an dem Staat, Guerilla und Paramilitärs beteiligt sind. Das bedeutet, dass sich die kolumbianische Gesellschaft seit zwei bis drei Generationen in einer internen Auseinandersetzung befindet. International gesehen ist dieser Konflikt einer der langandauerndsten weltweit. Aus Sicht der kolumbianischen Regierung ist es ein Erfolg, dass das Gewaltniveau in Kolumbien in den letzten zehn Jahren deutlich zurückgegangen ist.

Präsident Juan Manuel Santos Calderón ist seit dem 7. August 2010 im Amt. Seine zentralen Themen sind die Aufarbeitung der Verbrechen, die im Rahmen des Konflikts begangen worden sind, die Entschädigung der Opfer und die Versöhnung der kolumbianischen Gesellschaft.

Seit Ende 2012 führt die Regierung Gespräche mit den Guerilla-Bewegungen, um den Binnenkonflikt zu beenden. Themen sind die strafrechtliche Beurteilung der von allen Seiten begangenen Verbrechen, die politische Teilhabe der Personen, die derzeit noch in der Guerilla aktiv sind, die Demobilisierung der Guerilleros sowie die Beendigung der Drogenwirtschaft. Geklärt werden soll auch, wie die Opfer des Binnenkonflikts entschädigt werden und wie sie das Land zurückerhalten, von dem sie vertrieben worden sind. 2014 finden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen statt. Sowohl Staat als auch Guerilla haben Interesse daran, vor Eintritt in die heiße Wahlkampfphase tragfähige Ergebnisse zu erzielen, die auch von der kolumbianischen Bevölkerung akzeptiert werden.

Ein weiteres Problem stellt der Umgang mit demobilisierten Paramilitärs dar: Mitte 2005 verabschiedete das kolumbianische Parlament das Gesetz „Gerechtigkeit und Frieden“. Paramilitärs, die sich im Rahmen dieses Gesetzes dem Demobilisierungsprozess unterstellt haben, erhielten milde Strafen. Nun sind aus den demobilisierten Paramilitärs heraus so genannte „Bacrim“ – „Bandas Criminales“ entstanden, die im Bereich organisierte Kriminalität einschließlich Drogenhandel, aktiv sind. Der Staat bekämpft sie, konnte dieses Kriminalitätsproblem aber noch nicht lösen.

II. Menschenrechte

Die Menschenrechtssituation in Kolumbien ist nach wie vor angespannt. Hierfür ist der Binnenkonflikt ursächlich, allerdings auch die extrem ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen sowie die organisierte Kriminalität und der Drogenhandel. Besonders betroffen ist die Bevölkerung in den ländlichen Gebieten, in denen es kaum staatliche Strukturen gibt. Insbesondere Kinder, Frauen, Indigene und die afrokolumbianische Minderheit sind verletzte Opfer des Konflikts.

Die Regierung treibt den Friedensprozess und die Verbesserung der Menschenrechtssituation voran. Die Ernsthaftigkeit des Regierungshandelns wird allerdings von Menschenrechtlerinnen und -rechtlern skeptisch bis verhalten positiv beurteilt. Sie kritisieren, dass die Gespräche zwischen Regierung und Guerilla zu langsam voran gehen. Kritisiert wird auch die hohe Straflosigkeit auf allen Seiten. Ein weiterer Kritikpunkt ist, dass die Landrückgabe an Menschen, die von ihrem Land vertrieben worden sind, viel zu langsam voran geht. Es sei auch nur über Umwege möglich, Bedrohungen von Menschenrechtlern oder sonstige Straftaten bei der zuständigen Staatsanwaltschaft anzuzeigen. Fälle von „Verschwundenen“ würden zu langsam oder überhaupt nicht aufgeklärt.

Besonders problematisch seien aktuelle Gespräche über die Ausweitung der Militärgerichtsbarkeit auf zahlreiche Straftaten, die von Militärangehörigen begangen worden sind. Die Verstrickung in Verbrechen bestehe bis in die obersten Militärränge hinein. Hier fänden aber fast keine Verurteilungen statt.

Durch den jahrzehntelangen Binnenkonflikt sei ein erheblicher Werteverfall in der kolumbianischen Gesellschaft eingetreten. Die Landverdrängung sei mit ursächlich für Prostitution, Drogenhandel und Kriminalität, da die Alternativen für den eigenen Lebensunterhalt zu geringen, fehlten.

III. Wirtschaft

Kolumbien hat großes Interesse an guten und intensiven Wirtschaftsbeziehungen mit deutschen Unternehmen.

Das Wirtschaftswachstum in Kolumbien lag im Jahr 2012 bei 4 %. Vor allem im Rohstoff- und Erdölsektor finden erhebliche ausländische Direktinvestitionen statt.

Deutsche Firmen vor Ort bewerten positiv, dass sich die Sicherheitslage in Kolumbien in den vergangenen Jahren erheblich verbessert hat. Je entfernter jedoch ein Gebiet von einer Stadt entfernt sei, desto problematischer sei die Sicherheitslage. Verbesserungswürdig sei auch die Infrastruktur, beispielsweise fehlten stabile Brücken für Schwertransporte.

Die Wirtschaftsbereiche könnten noch stärker diversifiziert werden. Ein erhebliches Potenzial bestehe im Bereich erneuerbare Energien.

Das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kolumbien sowie Peru wird von deutscher und kolumbianischer Regierungsseite sowie von Wirtschaftsseite begrüßt. Nichtregierungsorganisationen thematisieren das Fehlen verbindlicher sozialer, ökologischer und menschenrechtlicher Standards. Auch müssten lokale Hersteller stärker berücksichtigt werden, um Wettbewerbsnachteile im Vergleich zu ausländischen Investoren auszugleichen.

Festzuhalten ist auch, dass ein erheblicher Anteil der Steinkohle, die in deutschen Kraftwerken verfeuert wird, aus Kolumbien stammt. Erst vor kurzem haben die Nichtregierungsorganisationen FIAN und Urgewald die problematischen Abbaubedingungen thematisiert. Hier könnte ebenfalls ein Ansatz für die deutsche Wirtschaft sein, bessere und verbindlichere Standards zu setzen.

IV. Der Bundespräsident

Der Bundespräsident hat an der Universität De los Andes eine Rede zur „Erinnerungskultur und Versöhnung in Deutschland“ gehalten. Diese Rede hat er unter folgende Leitfragen gestellt:

Wie kann Gerechtigkeit entstehen nach einer Epoche von Gewalt, Unrecht und schweren Verletzungen elementarer Menschenrechte? Wie können Täter zur Rechenschaft gezogen und Minder-Schuldige in die Gesellschaft integriert werden? Wie kann Opfern ihre Würde zurückgegeben werden, wie ihnen Anerkennung zuteil werden, wie kann ihnen Wiedergutmachung gewährt werden? Und schließlich: Wie kann Schuldigen, Verführten, Unbeteiligten und Opfern ein Neuanfang in einer demokratischen Gesellschaft gelingen?

In der Rede hat er den Bogen von der Aufarbeitung des NS-Unrechts und des SED-Unrechts hinein in die kolumbianische Gegenwart geschlagen. Zentrale Ansatzpunkte waren „Wahrheit“, „Versöhnung“, „Schuld“ und „strafrechtliche Verfolgung“.

Hier geht es zur Rede: <http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2013/05/130510-Kolumbien-Grundsatzrede.html>

Die Gedanken dieser Rede bildeten auch die Grundlage für das Gespräch mit Präsident Santos. Damit wurde der kolumbianischen Regierung nochmals verdeutlicht, dass der Bundespräsident erhebliches Interesse an der Menschenrechtssituation in Kolumbien hat.

Präsident Santos seinerseits hat die Bedeutung des Friedensprozesses und der Verbesserung der Menschenrechtssituation unterstrichen.

Bei den Reden nach dem offiziellen Mittagessen stand auch emotional deutlich im Raum, welches Gewicht beide Staatsmänner den deutsch-kolumbianischen Beziehungen beimessen. Aus meiner Sicht hat der Delegationsbesuch dazu beigetragen, den positiven Fortgang des Friedensprozesses zu unterstützen.

Bei den Menschenrechtsorganisationen war Verbitterung und Skepsis in Bezug auf den Friedensprozess und die Verbesserung der Menschenrechtssituation wahrnehmbar. Ein Anliegen des Bundespräsidenten war es, den positiven Eindruck von der Ernsthaftigkeit der Regierungsbemühungen in die Menschenrechtsebene hinein zu geben. Gleichzeitig war es ihm wichtig, nicht als „Agent der Regierung“ verstanden zu werden.

In den Gesprächen mit Regierung, Wirtschaft und Nichtregierungsorganisationen aus dem Wissenschaftsbereich hat der Bundespräsident die Vorteile der „Dualen Ausbildung“ und der „Arbeitnehmer-Mitbestimmung“ thematisiert. Aus seiner Sicht können deutsche Unternehmen dazu beitragen, soziale, menschenrechtliche und ökologische Standards zu setzen.

Die Vertreterinnen und Vertreter von Regierung, Wirtschaft, Menschenrechtsorganisationen, Wissenschaftseinrichtungen und Stiftungen haben den Bundespräsidenten als sehr interessierten und sachkundigen Zuhörer erlebt, der bei den verschiedenen Terminen den richtigen Ton und die richtigen Worte gefunden hat.

V. Persönliches Resümee

Am 10. Mai hat das Gespräch des Bundespräsidenten mit dem kolumbianischen Präsidenten Santos stattgefunden. Hieran haben die offizielle deutsche Delegation sowie kolumbianische Ministerinnen und Minister und weitere Ministeriumsangehörige teilgenommen. Der Bundespräsident hat mir die Möglichkeit eingeräumt, der Gesprächsrunde die Situation von drei Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern zu schildern.

Dort habe ich zum einen den Fall von Iván Velásquez vorgestellt. Er war bis August 2012 Richter an der Corte Suprema und hat die Verbindungen von zahlreichen Abgeordneten des kolumbianischen Parlaments zur paramilitärischen Gruppen nachgewiesen. Im November 2012 hat er den Menschenrechtspreis des deutschen Richterbundes erhalten. Der Richterbund hat mir vor der Reise mitgeteilt, dass es ihm aktuell nicht gelinge, Kontakt zu Iván Velásquez herzustellen. Deshalb habe ich mich mit ihm auch zum Gespräch getroffen. Iván Velásquez ist Bedrohungen, bis hin zu Todesdrohungen ausgesetzt. Ihm stehen Leibwächter zur Seite, zudem nutzt er gesicherte Fahrzeuge.

Zum anderen habe ich die Situation von Ingrid Vergara geschildert. Sie ist eine Menschenrechtsverteidigerin, die sich für Landrückgabe und die Entschädigung von Opfern des Binnenkonflikts einsetzt. Im Rahmen des Bundestagsprogramms „Parlamentarier schützen Parlamentarier“ habe ich die Patenschaft für sie übernommen. Auch sie sieht sich Bedrohungen ausgesetzt. Im April diesen Jahres hat ihre Tochter die letzte Morddrohung erhalten. Aus ihrer Sicht und aus der von Menschenrechtsorganisation reicht der aktuelle staatliche Schutz (Leibwächter und ein gesichertes Fahrzeug) nicht aus.

Thematisiert habe ich außerdem das Schicksal von David Ravelo Crespo. Er ist Menschenrechtsverteidiger in der Organisation Credhos. Auf Grund von fragwürdigen Zeugenaussagen demobilisierter Paramilitärs wurde er inhaftiert und in erster Instanz zu 18 Jahren und drei Monaten Gefängnis wegen der angeblichen Beteiligung an der Planung eines Mordes an einem Stadtrat für Bauwesen verurteilt. Nationale und internationale Nichtregierungsorganisationen kritisieren Verfahrensmängel und die Unglaubwürdigkeit der Belastungszeugen. Tom Koenigs, grüner Bundestagsabgeordneter und Vorsitzender des Menschenrechtsausschusses, hat für ihn die Patenschaft im Programm „Parlamentarier schützen Parlamentarier“ übernommen.

Die Thematisierung dieser drei Schicksale hat Präsident Santos offen aufgenommen. Sowohl er als auch sein zuständiger Minister haben mir zugesagt, dass sie sich der Fälle annehmen und mich anschließend informieren werden.

Zusätzlich zum offiziellen Programm habe ich Gespräche mit weiteren Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern geführt, um mich intensiv über die aktuelle Situation und die Perspektiven des Friedensprozesses zu informieren. Die Gespräche hat die Deutsche Botschaft organisiert, die auch selbst einen starken Fokus auf das Thema Menschenrechte legt.

Beeindruckt hat mich der Wandel der zweitgrößten Stadt Kolumbiens, Medellín. Die Stadt stand über viele Jahre hinweg für Drogenkartelle und organisierte Kriminalität. Mitte der 2000er Jahre ist Sergio Fajardo, von Beruf ursprünglich Mathematikprofessor, zum Bürgermeister von Medellín gewählt worden. Mit Investitionen in Bildung, Kultur, soziale Inklusion und Transparenz ist es ihm gelungen, Medellín wieder zu einer für Alle lebenswerten Stadt zu machen. Im Rahmen der Grünen Partei Kolumbiens hat er Antanas Mockus bei den Präsidentschaftswahlen 2010 unterstützt. Bei diesen Wahlen hatte sich der jetzige Präsident Santos durchgesetzt. Aktuell ist Sergio Fajardo Gouverneur der Provinz Antioquia, deren Hauptstadt Medellín ist.

Zu wünschen bleibt, dass Kolumbien nach so vielen Jahren der Auseinandersetzung die Beendigung des Binnenkonflikts und die gesellschaftliche Versöhnung gelingen möge.